

Mittags im Schloss

Franz Maget

Referent bei der ersten Veranstaltung der neuen Reihe „Mittags im Schloss“ in der Katholischen Akademie Bayern war am 18. November 2016 der SPD-Politiker Franz Maget, der – nach einer langen Karriere in der bayerischen Landespolitik – seit Anfang des Jahres als Sozialreferent in der Deutschen Botschaft in Tunis arbeitet. Franz Maget berichtete bei seinem Gespräch mit Akademie-

direktor Dr. Florian Schuller unheim lebendig und anschaulich über seine Tätigkeit an der Botschaft und die politische und soziale Situation in Tunesien. Fast 70 Persönlichkeiten aus Politik, Verwaltung, Justiz, Wissenschaft, Wirtschaft und Kirche waren ins Schloss Suresnes gekommen und nutzten die Gelegenheit auch für intensive Gespräche untereinander.

Florian Schuller: Herr Maget, Sie haben im Vorgespräch gesagt, nach nur zwei Stunden Flugzeit von München sei man in Tunis, das gilt aber doch auch für einen Flug nach Athen.

Franz Maget: Und trotzdem sind Sie, wenn Sie in Tunis aussteigen, in einer anderen Welt. Was ich als erstes gespürt habe, ist, dass das Mittelmeer historisch immer gemeinsamer Handelsraum, gemeinsamer Kulturraum, eben das „mare nostrum“ gewesen ist, heute aber so etwas wie eine Systemgrenze zwischen Europa und Nordafrika darstellt. Wenn man dort ankommt, spürt man das. Man weiß es vorher natürlich auch schon, aber man spürt es, man ist kulturell in einem anderen Leben angekommen. Tunesien ist ein islamisches Land, 99 Prozent der Bevölkerung sind Sunniten...

Florian Schuller: ... also keine Schiiten ...

Franz Maget: ... nein, keine Schiiten. Der Vorteil ist, dass es eine große Homogenität und keine religiösen Konflikte gibt. Was es aber gibt, ist eine scharfe Auseinandersetzung zwischen Laizismus und religiöser Orientierung. Tunesien ist ein französisch geprägtes Land: bis 1956 Kolonialstaat der Franzosen, 1956 unabhängig geworden. Der Staatsgründer Habib Bourguiba hatte an der französischen Orientierung in der Verwaltung, im Bildungswesen, im Staatsaufbau festgehalten. Gleichzeitig ist es aber eben auch ein islamisches Land, und in den letzten Jahren ist das wieder stärker zu Tage getreten. Solange Tunesien ein Einparteiensstaat war unter Bourguiba und seinem Nachfolger Ben Ali, wurden die religiösen Kräfte im Land unterdrückt. Religiöse Symbole in öffentlichen Gebäuden waren verpönt, Frauen mit Kopftuch eher die Ausnahme. Es gibt Sequenzen im Fernsehen, die den Staatsgründer dabei zeigen, wie er während des Ramadans ein Glas Orangensaft vor laufender Kamera getrunken hat, um deutlich zu machen: Der wirtschaftliche Erfolg, die Entwicklung des Landes sind wichtiger als religiöse Gesetze. Das hat sich mit der Revolution 2010 geändert. Wir erleben im Augenblick eine heftige Auseinandersetzung über den zukünftigen Weg des Landes, von der niemand weiß, wie sie letztendlich ausgeht.

die Sahara bildet, mit langen Grenzen zu Libyen und Algerien. Das ist auch eines der größeren Probleme Tunesiens. Die sicherheitspolitische Lage würde ich im Augenblick als sehr viel besser einschätzen als sie schon einmal war, aber die Grenzen sind schwer zu sichern. Im Süden die Sahara, im Osten Libyen, im Westen Algerien. Im sogenannten „Islamischen Staat“ kämpfen angeblich 3.000 bis 6.000 Tunesier, und je schwächer der IS wird und je mehr er verdrängt wird aus Libyen oder auch aus Syrien, umso mehr befürchten die Sicherheitskräfte in Tunesien, dass diese Kämpfer wieder zurückkommen. Entsprechend intensiv ist die Sicherheitspartnerschaft zwischen Deutschland und Tunesien ausgebaut worden. Man versucht die Grenzen besser zu sichern als in der Vergangenheit, und wir haben, Gott sei Dank, in Tunesien seit einem Jahr keinen terroristischen Anschlag mehr.

Tunesien hat sich auf den Weg zur Demokratie gemacht, und das muss für uns in Europa ein ganz wichtiger Punkt sein. Die Zahl der Demokratien ist während der letzten Jahre nicht größer geworden. Schauen Sie sich die Entwicklung der Türkei an, bedenkliche Entwicklungen in Polen oder in Ungarn. Nicht überall mehr ist unsere Vorstellung von Demokratie das Maß aller Dinge. Eine einzige Demokratie ist dazugekommen in den letzten Jahren, und das ist Tunesien: mit einem Mehrparteiensystem, mit einer Verfassung, deren Inhalte unseren Vorstellungen weitestgehend entspricht. Tunesien ist die einzige Demokratie in der islamischen und in der arabischen Welt! Deutschland versteht es als einen politischen Auftrag, alles zu unternehmen, um dieses Experiment zu stützen. Es wäre eine Niederlage, wenn die Demokratie in Tunesien scheiterte.

Florian Schuller: Noch eine Rückfrage: Einer der Gegner des Präsidenten hat formuliert, der Kampf gegen den Terror sei einfacher als der Kampf gegen die Korruption.

Franz Maget: Die drei größten Probleme Tunesiens sind aktuell die Arbeitslosigkeit, die Terrorgefahr und in der Tat auch die Korruption, die wirklich weit verbreitet ist. Es gibt aber mittlerweile eine Antikorruptionsbehörde, und man stellt sich dem Thema. Das ist überhaupt das Positive an Tunesien: Es gibt Meinungsfreiheit, Pressefreiheit, eine wachsende, aktive Zivilgesellschaft, und man bringt auch kritische Themen auf die Tagesordnung. Sie lesen zum Beispiel in den Zeitungen täglich über Gewalt gegen Frauen, das war früher ein Tabuthema. Sie lesen über Terrorismus, über Attacken auf Sicherheitsbehörden, über Korruption, über Homosexualität.

Florian Schuller: Der Sozialreferent einer westlichen Botschaft arbeitet dann in dieser Richtung mit? Sozialreferent klingt zunächst nach Sozialpädagogik oder etwas Ähnlichem. Warum, seit wann und wo gibt es in deutschen Botschaften diese Stelle, und was tut ein solcher Sozialreferent im Allgemeinen, was in Tunesien im Besonderen?

Franz Maget: Sozialreferenten gibt es an ungefähr 25 Botschaften weltweit, also bei weitem nicht an jeder, in Afrika zum Beispiel nur bei uns in Tunis und in Südafrika. Die spezielle Aufgabe ist, das Beurteilungsvermögen der Auslandsvertretung auf dem sozialpolitischen Feld zu verstärken und zu verbessern. Ich bringe einmal ein Beispiel: Die Arabische Revolution hat niemand an der Deutschen Botschaft vorhergesehen...

Florian Schuller: ... auch die Geheimdienste nicht ...

Franz Maget: ... auch die Geheimdienste nicht. Niemand hat damit gerechnet, dass sich ein junger Gemüsehändler in Sidi Bouzid, einem Provinzkaff im Süden Tunesiens, anzündet und verbrennt, und damit eine Revolution in der gesamten arabischen Welt auslösen könnte. Warum hat das niemand auf dem Schirm gehabt? Wir haben an jeder



Rund eine halbe Stunde unterhielten sich Franz Maget (li.) und Akademie-direktor Dr. Florian Schuller.



Ministerium und Wirtschaft: Ministerialdirigent German Denneborg, Leiter der Abteilung VI „Berufliche Schulen“ im Bayerischen Bildungsministerium (li.),

und Dr. Gunther Bös von der Personalleitung der Audi AG, Mitglied im Allgemeinen Rat der Akademie.



Dr. Karl Eder, Geschäftsführer des Landeskomitees der Katholiken in Bayern (li.), tauschte sich intensiv mit Prälat Walter Wakenhut aus, dem ehem. Militärgeneralvikar.



Jahrzehntelang mit der Akademie verbunden: Verlegerin Elisabeth Pustet aus Regensburg und Prof. Dr. Willibald Folz, Vorsitzender des Vereins der Freunde und Gönner.

Botschaft einen Wirtschaftsreferenten. Wir sind gut in der Kulturarbeit, wir haben das Goethe-Institut im Schlepptau und viele andere Institutionen. Wir wissen schon viel über die Länder, haben viele Sicherheitskräfte, auch in Tunis an der Botschaft Polizei, Verteidigungsministerium, Bundesnachrichtendienst.

Aber an der Basis der Gesellschaft, in den sozialen Institutionen, bei den Gewerkschaften, da schauen wir nicht hinein. Und deswegen wird man oft von sozialen Unruhen völlig überrascht.

Darum sind wir auch überrascht worden von der Wahl Donald Trumps, weil wir immer an der Oberfläche kratzen, und das, was die Menschen zum Teil wirklich bewegen könnte, übersehen. Genau das ist mehr oder weniger unsere Aufgabe als Sozialreferenten, den Blick zu weiten für die soziale Lage in den jeweiligen Ländern. Meine spezielle Aufgabe ist die Kooperation mit den Gewerkschaften, den Arbeitgeberverbänden, den politischen Stiftungen, die dort allesamt gut vertreten sind, und mit den sozialen Institutionen Tunesiens. Ich begleite das deutsch-tunesische Sozialversicherungsabkommen, habe also mit Krankenkassen zu tun, mit deutschen und tunesischen, und mit Rentnerfragen. Es gibt immer noch deutsche Rentner, die ihre Rente in Tunesien genießen, und die rufen dann beim Sozialreferenten an.

Florian Schuller: Was sind denn das für Rentner?

Franz Maget: Auf Djerba ist es jetzt wunderschön. Ich kann Ihnen Tunesien nur empfehlen. Es ist ein wunderbares Land.

Florian Schuller: Und die Sicherheit ist im Moment einigermaßen stabil. Es gab die schlimmen Attentate, und daraufhin ist der Tourismus eingebrochen.

Franz Maget: Ja, das letzte Jahr war ganz furchtbar für Tunesien. Drei ganz schlimme Attentate, auf das Bardo-Museum, gezielt natürlich auf einen Touristenmagneten, dann auf ein Hotel in Sousse, wo 35 Touristen ermordet wurden, und dann noch einen Anschlag auf den Bus der Präsidentengarde. Das war verheerend für Tunesien. In der Tat, der Tourismus ist eingebrochen. In diesem Sommer waren die Russen da und haben die ausgebliebenen deutschen und englischen Touristen, ich will nicht sagen, ersetzt, aber irgendwie waren sie halt da, und es kommen auch Algerier,

die Ferien machen. Denn Tunesien ist ein wunderbares Urlaubsland.

Florian Schuller: Und jenseits von Tourismus, wo sind die großen wirtschaftlichen Möglichkeiten von Tunesien?

Franz Maget: Die wirtschaftliche Situation Tunesiens ist relativ schwach. Das ist eines der großen Probleme im Augenblick. Viele Bürgerinnen und Bürger erkennen keinen Fortschritt seit der Revolution. Wir haben eine Arbeitslosigkeit von offiziell 16 bis 17 Prozent, aber das ist nur die offizielle Zahl. Bei den jungen Leuten sind es mit Sicherheit 35 oder sogar 40 Prozent, vor allem bei den jungen Menschen mit Diplom. Für sie gibt es keine Beschäftigungsmöglichkeiten. Auch der Staat kann niemanden mehr einstellen, weil die öffentliche Verwaltung ohnehin schon deutlich überbesetzt und ineffizient ist – und deshalb viel zu teuer.

Wichtig sind Phosphatabbau und wenige andere Rohstoffe, aber auch das hat abgenommen in letzter Zeit. Schließlich gibt es noch Automobilzulieferer und ganz einfache, halbindustrielle Fertigung. Wenn Sie einen Stecker in Ihrem Haushaltsgerät betätigen, können Sie ziemlich sicher sein, dass der in Tunesien gefertigt wurde. Wenn Sie in einen BMW, Volkswagen, Audi oder Mercedes einsteigen, ist der Kabelbaum mit großer Wahrscheinlichkeit aus Tunesien. Aber das sind einfachere Tätigkeiten, die vor allem schlecht bezahlt sind. Man verdient im Schnitt in der Industrie 300 Euro pro Monat. Das sind chinesische Verhältnisse. Der Mindestlohn liegt bei 150 Euro im Monat.

Florian Schuller: Zu den Flüchtlingen aus Schwarzafrika: Wie ist deren Situation an den Küsten?

Franz Maget: Es kommen Schwarzafrikaner nach Tunesien, aber nicht viele, denn Tunesien hat kein Asylrecht, keine Asylgesetzgebung und kennt keine materiellen oder monetären Hilfen für Flüchtlinge und Migranten. Die Schwarzafrikanerinnen und Schwarzafrikaner, die ins Land kommen, verschwinden illegal entweder in der Gastronomie oder in Privathaushalten. Die Sicherheitsbehörden werden nicht tätig und dulden das. Ich schätze, dass sich im Augenblick vielleicht 50.000 Menschen aus Schwarzafrika in Tunesien aufhalten, die dann aber nicht weiter-



Mit Dr. Christoph Strötz war einer von Bayerns obersten Richtern zu Gast im Schloss: Der Präsident des Oberlandesgerichts Nürnberg unterhielt sich

eingehend mit Charlotte Knobloch, Präsidentin der Israelitischen Kultusgemeinde München.



Zusammengerechnet amtierten sie 33 Jahre als Oberbürgermeister der Landeshauptstadt München:
Dr. Hans-Jochen Vogel (1960 bis 1972)
– Christian Ude (1993 bis 2014).



Charlotte Knobloch und Münchens früherer Oberbürgermeister Christian Ude, der die Erläuterungen seines Parteifreundes Franz Maget aufmerksam verfolgte.



Dr. Hildegard Kronawitter ist Mitglied der Akademieleitung und sitzt im Bildungsausschuss der Akademie, der auch die Katholische Erwachsenenbildung berät. Ihr Gesprächspartner

Dr. Christian Hörmann ist Leiter der Landesstelle der Katholischen Erwachsenenbildung (KEB) Bayern.



Die Gerichtspräsidenten Peter Küspert (li.) (Bayerischer Verfassungsgerichtshof) und Stephan Kersten (Bayerischer Verwaltungsgerichtshof) im Gespräch.



Peter Küspert und seine Vor-Vorgängerin als Präsidentin des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs, Edda Huther, die heute Mitglied der Akademieleitung ist.



Ein Stelldichein auch des Bayerischen Rundfunks: Ernest Lang, lange Jahre Chefreporter Bayern (li.), Hörfunkdirektor Martin Wagner und Daniela Philippi.

Die kürzlich ausgeschiedene Sprecherin von Ministerpräsident Horst Seehofer war früher ebenfalls Redakteurin beim Bayerischen Rundfunk.



Die Zuhörer saßen im Rondell des Schlosses Suresnes, das noch während der Umbauarbeiten in den oberen Stockwerken für das Mittagsgespräch

geöffnet wurde. Auch die zukünftigen Veranstaltungen der Reihe „Mittags im Schloss“ werden dort stattfinden.



Es ging sicher um Erwachsenenbildung: Ordinariatsrätin Dr. Anneliese Mayer, die bischöfliche Beauftragte für Erwachsenenbildung im Erzbistum

München und Freising, und Karl Heinz Eisfeld, ehem. Vorsitzender des Bayerischen Volkshochschulverbandes.



Dr. Johanna Gebrande, wissenschaftliche Referentin in der Landesstelle der Katholischen Erwachsenenbildung Bayern (li.), und Dr. Judith Müller, Leiterin des Fachbereichs Externe

Organisationsentwicklung und Gemein-
deberatung im Erzbischöflichen
Ordinariat München, fanden auch ein
gemeinsames Thema.

kommen, weil die Küsten dicht sind. Die tunesische Küstenwache sichert die Außengrenzen. Wenn mal ein Flüchtlingsboot abgeht, wird es von der Küstenwache mit großer Wahrscheinlichkeit abgefangen. Nach offiziellen Angaben sind 2016 in Italien schätzungsweise 1.000 Menschen aus Tunesien angelandet.

Wer nach Europa kommen will, wählt nicht den Weg über Tunesien, sondern über Libyen, weil es in Libyen keine Staatsgewalt gibt. Dort kontrollieren einzelne Warlords oder Clans die Gebiete. Wenn Sie als Flüchtling nach Europa wollen, bezahlen Sie abschnittsweise in Libyen für die nächste Wegstrecke. Da gibt es jemanden, der Sie sicher 200, 300 Kilometer weiterleitet, und dann kommen Sie zum nächsten Schleuser, den Sie wieder bezahlen müssen. Irgendwo an der libyschen Grenze geht dann ein Boot Richtung Europa, meistens ein schlecht ausgestattetes und überladenes Schlauchboot, oft in der Hoffnung, dass die Frontex-Schiffe möglichst nah an die Küste kommen und die Flüchtlinge auf sammeln, ehe das Boot kentert und untergeht.

Tunesien ist also kein Flüchtlingszielort und kein Herkunftsort. Es gab 2016 Gespräche zwischen Innenminister Thomas de Maizière und der tunesischen Regierung, bei denen Tunesien nochmal der Europäischen Union versichert hat, keine illegale Auswanderung aus Tunesien zu unterstützen. Gleichzeitig erwartet Tunesien aber von Europa mehr Entgegenkommen bei der legalen Auswanderung. Wir müssen im Jahr ungefähr 25.000 Visa-Anträge bearbeiten. Nicht für Europa, nur für Deutschland. Die Zahl ist stark gestiegen. Überwiegend junge Leute, die in Deutschland studieren möchten oder auch arbeiten oder einfach der Perspektivlosigkeit entfliehen.

Florian Schuller: Und wie viele bekommen ein Visum von Ihnen?

Franz Maget: Wir lehnen nicht allzu viele ab. Das ist sozusagen das Entgegenkommen: Wir sind großzügig in der Visa-Politik, und dafür macht Tunesien die Grenze dicht. Was es auch gibt: Rückführung von Flüchtlingen. Wir hatten in diesem Jahr fünf Sonderflüge aus Deutschland nach Enfidha mit ausreise-



Franz Maget nahm sich nach dem Interview noch viel Zeit für Einzelgespräche: hier mit Domkapitular Dr. Josef Zerndl aus Bayreuth.



Bei der Begrüßung in der ersten Reihe: Franz Maget, Bundesminister a. D. Dr. Hans-Jochen Vogel und der Unternehmer Randolf Rodenstock (v. l. n. r.). In

der zweiten Reihe sieht man Dr. Hildegard Kronawitter (li.) und die SPD-Landtagsabgeordnete Isabell Zacharias.

pflichtigen tunesischen Staatsbürgern. Das läuft nicht so ganz erfreulich, weil es einen großen Aufwand bedeutet, die Landeerlaubnis zu bekommen. Die Polizei muss organisiert werden, die nehmen ja dann die tunesischen Bürger in Empfang. Deutschland kündigt regelmäßig eine weit größere Zahl von Flüchtlingen an, die zurückgeführt werden, als dann tatsächlich im Flugzeug sitzen. Meistens werden 30 oder 40 angemeldet und es sitzen nur neun im Flugzeug...

Florian Schuller: ... weil die anderen verschwunden sind bei uns ...

Franz Maget: ... weil die deutschen Behörden offensichtlich nicht in der Lage sind, diese Rückführung so durchzuführen, wie sie es vorhatten, aus welchen Gründen auch immer. Die tunesische Seite sagt dann: Na, so groß scheint das Problem bei euch ja nicht zu sein.

Florian Schuller: Welche Chancen sehen Sie für Tunesien, was sollte das Ziel der deutschen und der europäischen Politik sein?

Franz Maget: Erstens, unsere gesamte Arbeit in Tunesien wird in letzter Zeit unter dem Aspekt der Bekämpfung der Fluchtursachen gesehen. Natürlich ist es gut, dass man Fluchtursachen bekämpft und die Lebensbedingungen der Menschen in Afrika verbessert. Aber wenn man die Arbeit mit einem Partnerland unter diesen Schwerpunkt stellt, führt das zu einem Problem; denn das heißt ja nichts anderes als – ich übertreibe –, ihr seid uns egal, so lange die Leute bei euch bleiben. Wenn aber aus eurem Land die Menschen fliehen, dann müssen wir etwas tun. So kommt das in Tunesien, in Marokko und in Algerien an. Deswegen würde ich dafür werben, die Länder Nordafrikas wieder stärker als kulturelle und wirtschaftliche Partner in den Blick zu nehmen.

Es kann nicht gut gehen, wenn wir im Süden Europas – Luftlinie Tunis-Sizilien 200 km –, mit diesen Ländern keinerlei kulturelle Beziehungen haben. Die arabische Welt war einmal etwas ganz Großes. Im Jahr 800 war Bagdad die größte Stadt der Welt, in den arabischen Bibliotheken wurde das gesamte Wissen der damaligen Zeit versammelt. Es gab ein fruchtbares Zusammenleben von Juden, Christen und Muslimen. Ich wünsche mir, dass wir wieder mehr zu-



Berichtete viel Interessantes aus Tunesien: Franz Maget.

sammenkommen und kulturelle Brücken partnerschaftlicher Art bauen. Als ich nach Tunesien gegangen bin im Januar 2016, kurz nach dieser Kölner Silvesternacht, haben viele gesagt: Gut, dass du da hingehst, und halt uns die Flüchtlinge vom Hals! Ich kann das nicht, und es ist auch nicht die Aufgabe der Deutschen Botschaft.

Und das Zweite, eine Schlüsselfrage: Wie geht es mit dem politischen Islam weiter? Es gibt in Tunesien eine einzige Partei, die unseren organisatorischen Anforderungen an eine Partei irgendwie entsprechen würde, das ist die muslimisch-konservative Partei Ennahda. Muslim-Brüder, verkürzt gesagt. Die haben die erste Wahl nach der Revolution gewonnen, wie in Ägypten. Diesen Wahlausgang hat man im Westen auch nicht vermutet. Gewählt haben die Ägypter diejenigen, von denen sie sich etwas erwartet haben, und das waren eben die Muslim-Brüder. Von denen bekam man Nahrungsmittel, die waren in den Moscheen präsent. In Tunesien ist das eben die Ennahda. Die nennen sich neuerdings, beraten von einer amerikanischen Kommunikationsagentur und



Daniela Philippi und Bernhard Remmers: Der journalistische Direktor der katholischen Journalistenschule „ifp“, die ihren Sitz in München hat.



Anita Unterluggauer – wie auch die anderen Damen der Hauswirtschaft der Katholischen Akademie – sorgte sich um das leibliche Wohl der rund 70 Gäste im Schloss.



Die CSU-Bundestagsabgeordnete Julia Obermeier aus München und Prof. Dr. Klaus Herbers, Professor für Mittelalterliche Geschichte an der Universität

Erlangen-Nürnberg und Vorsitzender des dortigen Hochschulkreises der Katholischen Akademie, kennen sich aus dem Allgemeinen Rat.



Franz Maget bedankte sich für das Geburtstagsständchen, das Akademie-Studienleiter Dr. Johannes Schießl für ihn dirigierte. Die Gäste sangen kräftig

mit und bedankten sich auch damit dafür, dass der Referent trotz seines Ehrentages zur Veranstaltung gekommen war.



Kommune und Freistaat: Dr. Michael Stephan, Direktor des Münchner Stadtarchivs, mit Ministerialrätin Sibylle Lux, Referatsleiterin Öffentlichkeitsarbeit des Bayerischen Landtags.



Das Ehepaar Strötgen: Der frühere Vorstandsvorsitzende der Münchner Stadtparkasse Harald Strötgen wurde von seiner Frau Sabine Gold-Strötgen begleitet.

finanziert aus Katar, die „Muslim-Demokraten“. Kommt Ihnen der Begriff bekannt vor?

Die sagen, ihr habt doch sowas auch in Deutschland, eine Partei mit einer religiösen Herkunft, die das auch in ihrem Namen zum Ausdruck bringt, die aber lupenreine Demokraten sind. Wir kommen aus dem Islam. Daraus machen wir kein Geheimnis, das ist unsere Wertorientierung, aber wir sind Demokraten, und deswegen nennen wir uns jetzt auch so: die „Muslim-Demokraten“.

Die einen in Tunesien sagen, das sind Wölfe im Schafspelz; die tun nur demokratisch. Wenn die könnten, wie sie wollten, würden die aus Tunesien einen islamischen Staat machen und Elemente der Scharia in Verfassung und Gesetzgebung einfließen lassen. Solange sie das nicht können, tun sie ganz harmlos und demokratisch. Aber ohne sie, die ja mindestens ein Drittel der Bevölkerung bei Wahlen hinter sich haben, kann nichts gelingen. Bei den nächsten Kommunalwahlen, die für Ende 2017 geplant sind, wird diese Partei höchst wahrscheinlich gewinnen. Das sind übrigens die ersten Kommunalwahlen, die in Tunesien je stattfinden werden, sie sind schon zweimal verschoben worden. Es gibt bisher in Tunesien keine gewählten Bürgermeister, keine Stadträte, Gemeindeparlamente.

Und jetzt die ganz spannende Frage für uns im Westen: Wie gehen wir um mit dem politischen Islam? Die Bedeutung dieses Experiments reicht weit über Tunesien hinaus, nämlich zu prüfen, ob eine demokratische Gesellschaftsordnung nach unseren Vorstellungen in einem islamischen Land möglich ist. Im Augenblick gibt es nur ein einziges Beispiel, wo das sozusagen wie in einem Experimentierfeld passiert, nämlich Tunesien. Ägypten ist ein autoritärer Militärstaat, Libyen existiert faktisch nicht mehr und wird auch so schnell nicht auf die Beine kommen, die Lage in Algerien hängt von einem alten kranken Mann ab, Marokko ist eine Monarchie, die mit dem König nicht schlecht fährt, aber eben keine Demokratie. Über die Golfstaaten brauchen wir gar nicht reden. Jordanien ist eine Monarchie, Syrien zerfällt. Die Türkei rutscht ab in einen autoritären Staat, der mit demokratischen Vorstellungen nicht mehr so viel zu tun haben wird. Irak, da weiß auch keiner, wie es weiter geht, und Iran kennen Sie alle. Es gibt zwei Demokratien in dieser Region, Israel und das kleine, winzige

Tunesien. Das Gelingen dieses Experiments hängt entscheidend davon ab, ob der politische Islam demokratiefähig ist, und auch daran arbeiten wir im Augenblick.

Florian Schuller: Was hat Tunesien mit Ihnen persönlich in diesem Dreivierteljahr angestellt? Ich vermute, über Fernsehen können Sie den Weg von 1860 weiterhin ...

Franz Maget: ... bedauerlicherweise ...

Florian Schuller: ... verfolgen. Aber was haben all die neuen Erfahrungen nicht nur in Ihrem Kopf, sondern vor allem in Ihrem Herzen verändert?

Franz Maget: Ich hatte schon immer im Herzen den Wunsch, einmal für längere Zeit im Ausland leben zu dürfen und dort zu arbeiten. Das war bisher nicht möglich oder hat sich so nicht ergeben. Und dann kam der Gedanke, es gibt doch diese Sozialreferenten, da musst du nicht in der hierarchischen Struktur des diplomatischen Dienstes gearbeitet haben, sondern die werden von außen vorgeschlagen. Dann bin ich zum Auswärtigen Amt gegangen, und der Staatssekretär sagt zu mir, willst du dir das wirklich antun? Genieß doch deine Pension! Ich habe geantwortet: Nein, ich will noch was tun. Ich wurde trotz meines Alters genommen, und vier Wochen später ruft er an und sagt: Moskau wird frei. Dann habe ich geantwortet: So groß ist die Not auch wieder nicht. Schließlich kam das Angebot Tunis. Der Posten wurde verlegt von Kairo nach Tunis, weil man in Kairo nicht mehr vernünftig arbeiten kann.

Florian Schuller: Sie sind auch zuständig für Ägypten?

Franz Maget: Ja. Ganz schlimm. Gottseidank lebe ich in Tunis. Die ersten Wochen dort habe ich mir gedacht: Was hast du da gemacht? Ich habe wie bei der Bundeswehr gezählt, zwei Jahre sind 740 Tage. Warum sitzt du jetzt nicht beim Cappuccino-Trinken und liest die Süddeutsche Zeitung? Mittlerweile weiß ich, dass es die richtige Entscheidung war. Meine Frau ist im Mai nachgekommen, wir leben jetzt dort mit Hauptwohnsitz, ich bin „résident de Tunis“. Wir wohnen sehr, sehr schön am Meer. Von meiner Terrasse schaue ich direkt auf das Mittelmeer...

Florian Schuller: ...in einem Sicherheitsgebiet, oder ...

Franz Maget: ... nein, ich habe ein eisernes Tor, aber ...

Florian Schuller: ... da steht ein Polizist davor ...

Franz Maget: ... na ja, wir haben einen Hausmeister, der ein bisserl mit aufpasst. Ich habe aber nie eine Sekunde Sicherheitsbedenken gehabt. In diesem Ort ist es herrlich. Dort lebt die westliche Community, man könnte auch sagen: die nicht integrationswillige Parallelgesellschaft. Die hat dort Restaurants, wo du Wein und Bier trinken kannst, alles möglich ...

Florian Schuller: ... auch im Ramadan?

Franz Maget: Ja, auch im Ramadan, aber eingeschränkt. Ich habe zu Beginn gesagt: Die Gesellschaft ist religiöser geworden, als sie unter Ben-Ali war. Die Leute sagen: Früher hättest du kaum ein Kopftuch gesehen. Heute tragen 70 bis 80 Prozent der Frauen Kopftuch, nicht in Tunis, aber auf dem Land alle, obwohl die Stellung der Frau sehr gut ist. Man kann wirklich von einer Gleichstellung der Frau sprechen. Das gibt es in keinem anderen arabischen Land. Das Personenstandsgesetz von Bourguiba ist vorbildlich. Das Scheidungsrecht ist so gut, wie es Hans-Jochen Vogel in Deutschland erst in den 1970er Jahren durchsetzen konnte.

Aber das Land ist konservativer geworden, und der Ramadan wird eingehalten. Ich habe zum Beispiel eine junge Mitarbeiterin, Tunesierin, eine ganz schicke junge Frau, lange Haare, hübsch, sie kleidet sich total westlich. Die würde hier problemlos als Europäerin durchgehen, aber den Ramadan hält sie ein. Es ist oft mehr ein kulturelles Erleben als Religiosität. Man ist mit der Familie zusammen und freut sich gemeinsam auf das abendliche Fastenbrechen. Es ist der Monat, in dem der Familienzusammenhalt wieder gestärkt wird. Im Ramadan geht es deshalb der westlichen nicht integrationswilligen Parallelgesellschaft nicht ganz so gut, weil viele Kaffeehäuser einfach zu haben. Manche Stellen, an denen Alkohol ausgeschenkt wird, schließen aus Sicherheitsgründen. Man würde auch nicht mehr in der Öffentlichkeit mit der Wasserflasche herumrennen.

Deutschland spielt eine große Rolle in Tunesien. Wir haben allerhöchstes Ansehen. Das genieße auch ich. Wenn du irgendwo hinkommst und sagst, du bist Deutscher, stehen dir alle Türen offen, ein Leuchten in den Augen. Es ist ganz anders als den Franzosen gegenüber zum Beispiel, die dort natürlich immer noch die Nummer eins sind, der wichtigste Wirtschaftspartner, kulturellsprachlich die entscheidende Nation. Wir sind wirtschaftlich die Nummer drei. Wir tun wahnsinnig viel, und das genießt auch ein kleiner Sozialreferent, dass er gemocht wird als Deutscher. Deutsche Autos, deutscher Fußball.

Die deutsche Kriegsgeschichte ist übrigens ebenfalls präsent. Ich war am letzten Sonntag, am Volkstrauertag, auf dem deutschen Soldatenfriedhof, 8.500 Gräber, in der Nähe von Hamman-Lif bei Tunis. Dort fanden Weltkriegsschlachten statt. Viele Tunesier wissen davon, und wenn dann der Abend ein bisschen länger wird, sagen sie dann gelegentlich zu mir, ihr hättet den Krieg gewinnen müssen! Und wenn es dann noch schlimmer wird, – bitte nicht erschrecken, ich tue es regelmäßig – Hitler, das war noch einer! Das muss man wissen in der arabischen Welt.

Auch der Antisemitismus ist, für mich total überraschend, präsent. Wenn Sie durch den jüdischen Friedhof gehen in Tunis, sehen Sie wie riesig der ist. Das war einst eine große und wichtige Gemeinschaft. Auch der katholische Friedhof in Tunis ist riesig. Überwiegend italienische Gräber, Sie kennen diese Grabhäuser in Süditalien, die findet man in Tunis massenhaft. Tunis war eine pulsierende, weltoffene Stadt mit einem großen Judenviertel. Es gibt Synagogen, es gibt alles noch, aber keine jüdischen Bürgerinnen und Bürger mehr. Was es gibt, ist der Antisemitismus, und bei jeder politischen Rede, die gehalten wird, egal worum es geht, rennt irgendeiner auf die Bühne, pflanzt die palästinensische Fahne auf, und der Redner muss die Freundschaft mit den palästinensischen Brüdern und Schwestern beschwören. Wenn er das nicht macht, ist die Rede nicht vollständig. Auch das gibt es, und auch mit diesen Dingen muss man sich natürlich kulturell auseinandersetzen. Alles ist für mich eine große Lernerfahrung. □